

## KURZ UND PRÄGNANT

### Entwicklung des ländlichen Raums: Programm muss nachjustiert werden

„Es ist wichtig, die Agrarbeihilfen und das Programm zur Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) zielgerichtet einzusetzen, damit das Geld auch wirklich da ankommt, wo es gebraucht wird und wir zu einer ertragreichen, sozial- und umweltverträglichen ländlichen Entwicklung kommen“, so hatte Dr. Johanna Scheringer-Wright auf die vom Thüringer Agrarminister Jürgen Reinholz angekündigten Förderschwerpunkte für den ländlichen Raum reagiert.

Die Sprecherin der Thüringer Landtagsfraktion DIE LINKE für Landesentwicklung und ländliche Räume merkte jedoch kritisch an, dass das Programm zur Dorferneuerung natürlich nur von finanzstarken Kommunen durchgeführt werden könne: „Damit nehmen einige Dörfer immer wieder teil, andere können sich das aufgrund fehlender Eigenmittel gar nicht leisten.“

#### Gravierende Probleme bei der Abwasserentsorgung

Zudem müsse die Vergabe von Agrarinvestitionsbeihilfen (AIP) noch stärker an Kriterien für tiergerechte Stallbauten ausgerichtet werden. „Gerade im Schweinestallbau ist das Programm immer noch nicht zufriedenstellend“, betonte die Landtagsabgeordnete. Mit Blick auf die immer weiter zurückgehende Schafhaltung in Thüringen verwies sie auf die dadurch entstehenden Probleme bei der Beweidung von Grünlandflächen, die nicht intensiv genutzt werden können. „Hier müsste das vorgestellte Programm noch stärker auch für die Förderung der Schafhaltung ausgestaltet werden“, sagte Johanna Scheringer-Wright.

Dass die Abwasserentsorgung zusätzlich in das Förderprogramm aufgenommen wurde, wertete die LINKE-Politikerin als „Eingeständnis dafür, dass es in diesem Bereich gravierende Probleme gibt, die die CDU-Landesregierung jahrzehntelang verschleppt hat. Leidtragende sind die Bürgerinnen und Bürger. Immer noch gibt es Haushalte und ganze Dörfer, die nicht wissen, ob und wann sie an eine Kläranlage angeschlossen werden. Zudem wälzt das Land diese Probleme dann auf die Einzelnen ab, weil die oft ad hoc aufgefordert werden, neue Kleinkläranlagen zu bauen, obwohl immer ein zentraler Abwasseranschluss geplant war. Das ist unzumutbar für die Bürger und zeugt von der Unfähigkeit der Landesregierung und der Zweckverbände, geordnet vorzugehen.“ ■

# Re-Kommunalisierung auf der Agenda oben

Um das LINKE Projekt „Das Öffentliche gehört uns“ abzurunden und vor allem noch einmal mit Experten zu diskutieren, hatte sich die Linksfraktion des Thüringer Landtags zur Fachtagung zum Thema „Re-Kommunalisierung“ entschieden, zu der sich am 26. August in der Arnstädter Stadtbrauerei gut 30 Gäste eingefunden hatten. Kreis- und Stadträte, Landtagsabgeordnete und Vertreter von Stadtwerken tauschten sich über die Möglichkeiten der Übertragung ehemals von Privaten erbrachten öffentlichen Dienstleistungen an kommunale Unternehmen aus.

Der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, Bodo Ramelow, eröffnete die Veranstaltung und erinnerte er an die Übernahme der EON-Netze durch die kommunale Familie sowie an das erfolgreiche Bürgerbegehren im Ilmkreis zur Übernahme der Abfallentsorgung durch den Landkreis. „Wir müssen aber die Re-Kommunalisierung weiter denken. Dort, wo öffentliche Aufgaben zersplittert sind – wie im öffentlichen Nahverkehr – müssen wir sie zu einer Mobilitätsgarantie zusammenfassen“, so eine seiner For-

derungen. Für ihn sei das Thema Re-Kommunalisierung das wichtigste in den nächsten fünf Jahren. „Wir müssen den Ausverkauf stoppen und die Rahmenbedingungen für erfolgreiche kommunale Projekte schaffen. Und dazu gehört eine Neujustierung der kommunalen wirtschaftlichen Betätigungsfelder durch das Land“, umriss Bodo Ramelow die Aufgabe.

Robert Kösling, Kommunalexperte aus Berlin, unterstützte diese Meinung.



Engagierte Podiumsdiskussion auf der Fachtagung der Linksfraktion des Thüringer Landtags kürzlich in Arnstadt: (im Foto v.l.) Robert Kösling, Moderator Matthias Plhak, Jana Schröder und Eckard Bauerschmidt.

Er eröffnete seinen Beitrag mit der Mahnung, in der Frage der „Rückeroberung des Öffentlichen“ nicht nachzulassen. Anhand von Umfragezahlen belegte er, dass zurzeit offenbar eine gewisse Sättigung in dieser Diskussion

eingetreten ist, die Zustimmungszahlen zur Re-Kommunalisierung stagnieren. Er wies aber darauf hin, dass das Feld der privatisierten Dienstleistungen viel weiter gehe, als öffentlich beachtet. Justiz, Straßenbau, Krankenversorgung – immer mehr Bereiche werden ganz oder teilweise Privaten überlassen. Und das, obwohl fast alle Umfragen und Statistiken belegen, dass eine privatisierte Dienstleistung am Ende meist teurer und in geringerer

Qualität erbracht wird. Jana Schröder stellte den Weg der nordhessischen Kleinstadt Wolfhagen in die energetische Selbstversorgung mit 100 Prozent erneuerbaren Energien vor. Das Besondere hier: von Beginn an ein Konsens in Verwaltung und Stadtrat, dazu eine frühzeitige Bürgerbeteiligung. Und diese nicht nur in Form von Informationsveranstaltungen, sondern in der Möglichkeit, über eine Genossenschaft Miteigentümer der Stadtwerke zu werden. Bei rund 13.000 Einwohnern besitzen mittlerweile 700 von ihnen 25 Prozent der Stadtwerke und bestimmen somit den Kurs des Unternehmens mit. Entsprechend breit ist in der Bevölkerung die Akzeptanz für Photovoltaik-Anlagen und einen bereits im Bau befindlichen Windpark.

#### „Wolfhager Modell“ diskutiert

Den Weg des erfolgreichen Bürgerbegehrens im Ilmkreis für eine kommunale Abfallentsorgung beschrieb Eckhard Bauerschmidt und gab einen Einblick in den aktuellen Verhandlungsstand. Ein Angebot des Kreises liegt Remondis vor, nun sei es an dem Großunternehmen, sich zu erklären.

In der anschließenden Diskussion wurden intensiv über das „Wolfhager Modell“ gesprochen, aber auch kritische Töne zur Gründung kommunaler Gesellschaften waren zu hören. „Es muss verhindert werden, dass kommunale Gesellschaften zur Altersversorgung abgehalfterter Politiker dienen“, mahnte ein Gast öffentliche Kontrolle an. Die sei aber, so der Kommunalexperte Kösling abschließend, „der rote Faden der Re-Kommunalisierung – öffentliche Diskussion, Einbindung von Bürgerinnen und Bürgern und eine gesellschaftliche Kontrolle“.

Matthias Plhak

www.dasoeffentliche.thueringen-fair-aendern.de

## Hilfe für Flüchtlinge im Nordirak



Bodo Ramelow, LINKE-Fraktionsvorsitzender, und Susanne Hennig-Wellsow, Landesvorsitzende der LINKEN, unterstützten die von der Weimarer Kulturdienst GmbH mit Martin Kranz an der Spitze initiierte Hilfsaktion für die Flüchtlinge im Nordirak. Sie überbrachten am Weltfriedenstag Spenden.

„Hunderttausende Jesiden sind auf der Flucht, leben in dramatischen Umständen und brauchen dringend Hilfe“, betonten die Landespolitiker. Mit Verweis auf den Beschluss der Bundesregierung, Waffen in den Nordirak zu liefern, erklärt Bodo Ramelow: „Waffen- und Rüstungsexporte sind die Munition für Mordzüge und Terrorattacken. Wir dürfen nicht auch noch die Streichhölzer fürs Pulverfass liefern.“ Gerade die Verantwortung aus der Geschichte – am 1. September 1939 begann der Zweite Weltkrieg mit dem Überfall auf

Polen – sollte uns zwingend veranlassen, Lösungen für Konflikte jenseits der Kriegslogik zu suchen.“

Die Hilfsbereitschaft der Menschen in Weimar und ganz Thüringen ist enorm. Martin Kranz dankte im Namen der deutschen Jesiden für die großartige Unterstützung. Allein am 1. September seien innerhalb eines Tages knapp 20 Tonnen Hilfsgüter in Weimar zusammengekommen. Eine

unglaubliche Menge! Sie wurde auf Sattelschlepper verladen, die sich in den vergangenen Tagen unverzüglich auf die Reise in den Irak machten. Die zuvor an der türkisch-irakischen Grenze gestandenen LKWs mit Hilfsgütern aus ganz Europa konnten endlich die Grenze in Richtung Dohuk verlassen.

Martin Kranz dankte allen Politikern, die aktiv an der Hilfsaktion beteiligt waren, darunter Bodo Ramelow und Gregor Gysi. Doch die Hilfe müsse weitergehen. „In acht Wochen liegt in dieser Region Schnee und der Winter bricht herein. Jetzt muss dafür gesorgt werden, dass Wohncontainer und Medikamente schnellstens in der Region ankommen. Wir wollen uns weiterhin dafür einsetzen und bitten um Unterstützung, dass zukünftig dringend benötigte Hilfsgüter schnell und unbürokratisch bei den Hilfsbedürftigen ankommen.“ ■